

unsrige zu brechen, sondern will es den Interessenten selbst überlassen, sich für das ihnen praktischer dünkende Verfahren zu entscheiden. Wenn Herr Ditz es als eine besondere Empfehlung ansieht, daß seine Methode in L u n g e s chemisch-technischen Untersuchungsmethoden und C l a s s e n - C l o e r e n s ausgewählten Methoden der analytischen Chemie aufgenommen ist, so ist das leicht erklärlich, da zurzeit der Drucklegung der genannten Werke unsere Methode noch nicht veröffentlicht war. Im hiesigen Institute ist die Bestimmung des Chlorats nach unseren Angaben von den Praktikanten häufig ausgeführt worden, und zwar stets ohne Schwierigkeit mit sehr gutem Erfolg. Es ist ja auch schwer verständlich, warum dem Analytiker die Herstellung eines luftfreien Wassers und einer luftfreien Salzsäure, sowie das kurze Einleiten von CO_2 in ein leeres Gefäß umständlich und zeitraubend sein sollte. Jedenfalls will ich es unentschieden sein lassen, ob die Vorteile eines Verfahrens, bei dem man an einen bestimmten Apparat gebunden ist, wirklich so groß sind, um kurzerhand ein anderes Verfahren zu verurteilen, bei dem man jegliches, mit Glasstopfen versehenes Gefäß verwenden kann und nur einen CO_2 -Entwickler, wie er in jedem Laboratorium vorhanden ist, nötig hat, um Wasser und Salzsäure luftfrei zu machen. Schließlich nimmt Herr Ditz auch Anstoß an dem Titel unserer Abhandlungen, da die Reaktion sich in Gegenwart von Kaliumjodid abspielt.

Wir haben durch unsere Arbeiten festgestellt, daß die Gegenwart von KJ den zwischen Chlorat und Salzsäure vor sich gehenden Prozeß nur beschleunigt. Die Versuche auf S. 1048 unserer zweiten Mitteilung lassen aber erkennen, daß die Zersetzung des Chlorats mit Salzsäure auch ohne die Gegenwart von KJ wohl vollständig ist, daß aber die Titration des freien Chlors bzw. die nachträgliche Umsetzung desselben mit KJ unbequem und leicht unvollständig ist. Hieraus ist also wenig ersichtlich, warum wir den Titel unserer Abhandlungen hätten abändern sollen.

Die Förderung des deutschen Außenhandels durch ein Reichshandelsamt.

Von KONRAD W. JURISCH.

(Eingeg. d. 29./6. 1905.)

Am Ende eines mehrjährigen Aufenthalts in England als Chemiker der großen Sodafabrik der Herren J a m e s M u s p r a t t & S o n s in Widnes, habe ich im Juni 1881 eine Denkschrift über die Organisation des deutschen Marktes für Chemikalien entworfen, in welcher ich auf Grund meiner englischen Erfahrungen diejenigen Vorschläge entwickelte, welche mir zweckmäßig erschienen, um die deutsche Industrie vor den Schäden zu bewahren, unter denen die englische Industrie damals litt. Die Denkschrift schilderte die Ursachen der Schäden und schlug eine Organisation des deutschen Handels vor, um solche Schäden zu verhindern, und um die deutsche

Industrie einer gedeihlichen und kraftvollen Entwicklung entgegenzuführen.

Einige Großindustrielle, denen ich die Denkschrift unterbreitete, meinten jedoch, daß die darin enthaltenen Vorschläge noch verfrüht wären. Daher ließ ich die Denkschrift vorläufig liegen¹⁾.

Als aber im Anfang der 90er Jahre die Kunde sich zu verbreiten begann, daß Regierungen und Private in Europa und Amerika bereits Organisationen ins Leben gerufen hätten, die der Verwirklichung meiner Vorschläge von 1881 mehr oder weniger nahe kamen, so hielt ich es an der Zeit, meine Denkschrift von 1881 in gekürzter Form in der „Chemiker Zeitung“ Nr. 85 vom 24./10. 1894 zu veröffentlichen.

Ich schlug darin vor, Marktverbände von Produzenten und Konsumenten zu bilden, um alle Bewegungen und Erscheinungen des Weltmarktes auf kürzestem Wege innerhalb weniger Stunden zur Kenntnis aller Interessenten zu bringen. Als äußere Organe waren die Konsulate und besondere Beauftragte bei den Gesandtschaften und Botschaften gedacht. Diese könnten ihre Nachrichten direkt an eine Handelszentralstelle schicken, als welche die Berliner Börse in Aussicht genommen war, da diese bereits die meisten nötigen Leitungen besitzt. Von hier aus sollten alle Interessenten (Abonnenten) sofort mit den eingelaufenen Nachrichten versehen werden.

Die Kosten, welche eine solche Organisation der Marktberichte der deutschen Industrie und dem Deutschen Reiche verursachen würde, dürften klein sein im Vergleich zu den Vorteilen, die unsere Industrie und unser Handel daraus ziehen würden, und dürften überreich gedeckt werden durch die vermehrten Einnahmen der Telegraphen, Telephone, Post, Eisenbahn und die größere Ergiebigkeit der Einkommensteuer.

Der erste staatliche Versuch einer organisatorischen Förderung des Außenhandels wurde im Anschluß an die Weltausstellung in Wien 1873 durch Einrichtung des „Orientalischen Museums“ in Wien gemacht. Dieses hatte den Zweck, die österreichischen Industriellen über Bedarf, Geschmacksrichtungen und Techniken der orientalischen Völker aufzuklären, um den heimischen Kunstgewerben Absatz nach dem Orient zu verschaffen.

Bald erkannte man aber, daß der Handel außer dem Musterlager noch fortgesetzte Nachrichten braucht, namentlich über Kreditfragen, Rechtsschutz, die Marktlage, Verschiffungen, Transportgelegenheiten usw. Um diesen Nachrichtendienst zu erfüllen, wurde das Orientalische Museum im Jahre 1886 zum K. K. Österreichischen Handelsmuseum ausgestaltet.

Nach der Ausstellung in Brüssel 1880 wurde dort ein Handelsmuseum 1881 auf gesetzliche Grundlage gestellt, dessen Organisation und Wirksamkeit sich auf der Antwerpener Weltaus-

¹⁾ Das Original findet sich vielleicht noch im Archiv des Vereins chemischer Fabriken in Mannheim, 1881, oder eines der damaligen Aufsichtsratsmitglieder.

stellung vom Jahre 1885 in glänzendstem Lichte zeigte.

Nach der Landesausstellung in Budapest 1885 wurde daher auch ein ungarisches Handelsmuseum in Budapest 1887 begründet.

Auch in England ging man nach der Indischen und Kolonialausstellung von 1885 in London von dem bisherigen privaten Nachrichtendienst zum staatlichen über. Im Jahre 1887 wurde das „Imperial Institute for the United Kingdom, India and the Colonies“ eingerichtet, welches aber seinen Zweck: Handelsnachrichten an alle Interessenten, auch die kleinsten Gewerbetreibenden, zu übermitteln, nicht zufriedenstellend erfüllte. Deshalb wurde nach gründlichen Vorstudien im Jahre 1900 „The Commercial Intelligence Branch of the Board of Trade“ geschaffen, welcher 1903 das „Imperial Institute“ in sich aufnahm.

In allgemeinen Fluß kam die Bewegung, an der nun auch das Deutsche Reich teilnahm, durch die Weltausstellung in Chicago im Jahre 1893. In unmittelbarem Anschluß daran wurde das Handelsmuseum zu Philadelphia gegründet, welches, mit reichen Mitteln ausgestattet, zum Vorbilde für alle späteren Schöpfungen ähnlicher Art wurde.

Für die Ausstellung in Chicago hatte die Regierung des Deutschen Reiches dem dortigen Kaiserlichen Konsulate einen technischen Beamten in der Person des Herrn Carl Haller beigegeben, um der deutschen Industrie zur Ausdehnung ihres Absatzes behilflich zu sein.

Auf Ansuchen des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands machte Herr Haller eine vertrauliche Mitteilung über die Aussichten der deutschen Exporteure, welche der „Chemischen Industrie“ Nr. 17 und 18 vom September 1894 als vertrauliche Mitteilung beilag.

Diese Mitteilung zeigte allen Interessenten, wie außerordentlich nützlich technisch-kaufmännische Sachverständige an geeigneten Stellen des Auslandes für die heimische Industrie wirken könnten. Es entstand sofort der Wunsch, derartige Sachverständige bei allen deutschen Konsulaten, Gesandtschaften und Botschaften tätig zu sehen. Diese Mitteilung war es auch, die mich veranlaßte, meine Denkschrift von 1881 in der Chem.-Ztg. zu veröffentlichen.

Bald darauf wurde die Frage in Fachzeitschriften, den Tageszeitungen und im Reichstage ausführlich besprochen.

Von den Großmächten beeilte sich zunächst Frankreich, dem französischen Handel ähnliche Vorteile zu sichern, wie sie der amerikanischen aus dem Handelsmuseum zu Philadelphia zog. Im Jahre 1898 wurde das „Office National du Commerce Extérieur“ in Paris ins Leben gerufen, dem auch ein Laboratorium für die Zwecke der Industrie und des Handels beigegeben wurde.

In den meisten übrigen Staaten waren schon seit einigen Jahren private Organisationen zur Förderung des Außenhandels vorhanden, die aber seit 1899 in rascher Folge entweder staatliche

Unterstützung fanden oder durch staatliche Anstalten ergänzt oder in solche umgewandelt wurden.

In der Schweiz wurde das Gewerbemuseum in Zürich von 1879 im Jahre 1897 praktisch vom Bund übernommen.

In Italien wurden das Handelsmuseum in Turin von 1884 und das Handelsmuseum in Mailand von 1885 dem „Ufficio d'Informazioni Commerciali“ im Handelsministerium zu Rom unterstellt.

In Spanien wurde für die vielfachen privaten Handelsauskunftsstellen und Exportmusterlager und auch für das Handelsmuseum in Barcelona im Jahre 1898 ein „Centro de Informacion Comercial“ im Ministerium zu Madrid geschaffen.

In Portugal sind die Handelsmuseen in Lissabon und Oporto von 1889 als unzureichend durch eine Auskunftsstelle für den Weinhandel in Lissabon ersetzt worden.

In Schweden bestehen nur private Vereine: Der Allgemeine Schwedische Exportverein und der Allgemeine Schwedische Handelsverein, von denen der erstere zusammen mit dem ebenfalls privaten „Schwedischen Industrie- und Handelsmuseum“ in Stockholm seit 1899 durch Staatssubvention weitergeführt wird.

In Dänemark wurde dem Dänischen Exportverein in Kopenhagen seit 1901 eine Staatsbeihilfe gewährt.

In Norwegen wurde im Jahre 1902 die Errichtung eines staatlichen „Handels-Auskunfts-bureaus“ in Christiania beschlossen.

In Rußland sind nur erst Anfänge zu privaten Bildungen vorhanden.

In Serbien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland und der Türkei sind private und amtliche Einrichtungen zur Förderung des Außenhandels teils schon vorhanden, teils im Entstehen begriffen.

Unter den außereuropäischen, noch nicht erwähnten Ländern nimmt wohl Japan den ersten Platz ein. Im Jahre 1890 wurde das Handelsmuseum in Osaka, im Jahre 1896 das Handelsmuseum in Tokio eingerichtet, 1899 das Warenmuseum in Taipeh auf Formosa geschaffen. Außerdem wurde begründet: ein Zollmuseum in Yokohama, eine Handelsauskunftsstelle in Tokio, eine Vereinigung zum Studium und zur Förderung des Außenhandels in Kobe und Waren-ausstellungen in Nagasaki und Nagoya; ferner Musterlager im Auslande, z. B. in Shanghai und Bombay.

Auch Ostindien, Australien, Ägypten und die Staaten Zentral- und Südamerikas und Kanada haben ihre staatlichen Anstalten zur Förderung des Außenhandels.

Bisher haben wir Holland und Deutschland noch nicht erwähnt, weil in beiden Ländern bisher die Förderung des Außenhandels wesentlich der privaten Initiative überlassen war.

In Holland besteht die „Niederländische Gesellschaft zur Förderung der Industrie“ in Haarlem schon seit 1777

Dieser Verein hat viele Tochter- oder Zweigvereine und Vereine mit ähnlichen Zwecken ins Leben gerufen. Im Jahre 1901 nahm er den Verein zur Beförderung von Industrie und Gewerbe und die Niederländische Gewerbe-Gesellschaft in sich auf.

Von größeren Vereinen sind noch zu nennen: Der Verein zur Förderung des Niederländischen Exports im Haag seit 1895 und das Bureau für Handelsauskünfte in Amsterdam seit 1903.

Trotz dieser und mehrerer kleiner Vereine machte sich das Fehlen einer Zentralstelle fühlbar. Diesem Mangel suchte die Regierung durch Einrichtung eines Amtlichen Zentralauskunftsbureaus für den Handel im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten abzuhelpen.

In Deutschland verdanken wir die ersten Maßnahmen zur Förderung des Außenhandels dem Hansabunde 1241—1670 und der weitsehauenden Politik des Großen Kurfürsten.

König Friedrich Wilhelm I. hat schon vor 1720 seinen politischen Gesandten und seinen Residenten in den wichtigsten Handelsstädten immer von neuem den Befehl erteilt: „über alle Vorfälle, die für die Kommerzien-, Manufakturen- usw. Sachen von Belang sind, in besonderen Postskriptis Bericht zu erstatten“, um dem preußischen Handel neue Absatzwege zu eröffnen.

Diesen Befehlen gemäß bemühte sich der preussische Gesandte Axel von Mardefeld in St. Petersburg seit 1720, die Tuchlieferungen für die russische Armee den preußischen Fabriken zuzuwenden, was ihm auch 1724 gelang²⁾.

Im Jahre 1789 entstand in Lübeck eine Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, welche 1836 einen Gewerbeausschuß bildete. Dieser begründete 1873 eine gewerbliche Muster-sammlung und gestaltete 1882 ein Handelsmuseum aus. Die Sammlungen wurden 1893 im Museum zu Lübeck vereinigt.

Im Jahre 1882 wurde das Exportmusterlager in Stuttgart begründet, mit Zweigniederlassungen oder Agenten in vielen Handelsstädten des In- und Auslandes.

Im Jahre 1885 wurde der Exportverein für das Königreich Sachsen gegründet, mit Auskunftsbureau und Musterlager in Dresden-Neustadt, Niedergraben 5.

Im Jahre 1886 wurde das Handelsmuseum in Frankfurt a. M. gegründet, mit Mustersammlung von Aus- und Einfuhr.

Im Jahre 1895 wurde das Thüringer Musterlager zu Weimar begründet, mit Zweigniederlassungen im Auslande.

Im Jahre 1896 wurde in Bremen ein Handelsmuseum eingerichtet, jedoch ohne Auskunftsstelle.

Seit dem Jahre 1897 besteht das Industriemuseum in Braunschweig.

Im Jahre 1903 wurde in Köln a. Rh. das Deutsche Export-Informationen-

bureau gebildet, mit Auskunftsstelle und ausgedehnter Berichterstattung.

Neben diesen besonderen Vereinen verfolgen selbstverständlich alle Handelskammern ebenfalls die Förderung des Außenhandels.

In Berlin deutet der Name der Königlich Preußischen Seehandlung ihren ursprünglichen Zweck an, den überseeischen Handel zu fördern. Sie genügt diesem Zweck aber jetzt nicht mehr.

Im Jahre 1884 wurde die Deutsche Exportbank errichtet, mit Exportbureau in Berlin W., Lutherstraße 5, und Handelsauskunftsstelle.

Im Jahre 1893 wurde die Deutsche Überseeische Bank in Berlin W., Französische Straße 66—68, ins Leben gerufen, mit Zweigniederlassungen im Auslande.

Im Jahre 1896 wurde das Kolonialwirtschaftliche Komitee in Berlin, Unter den Linden 40, gegründet, welches sich aber schon 1902 mit der Deutschen Kolonialgesellschaft verbunden hat.

Im Jahre 1897 wurde ein Deutsches Exportmusterlager in Berlin, Dresdenerstraße 34—35, eingerichtet.

Im Jahre 1899 wurde das Orient-Handelsmuseum und der Deutsch-Österreichische Orientklub in Berlin, Friedrichstraße 35, und in Charlottenburg, Weimarer Straße 35, gegründet. In demselben Jahre wurde auch durch den Bund der Industriellen in Berlin, W. Köthenerstraße 33, ein besonderer Ausschuß für die Errichtung einer Reichshandelsstelle eingesetzt.

Im Jahre 1902 wurde die Bezugsquellen-auskunftei in Berlin, C. Spandauerstraße 40 bis 44, eingerichtet, die sich außerordentlich bewährt hat.

Zuletzt wurde die Postauskunftsstelle in Berlin, C. Königstraße 60, leichter zugänglich gemacht.

Außerdem bestehen in Berlin, Charlottenburg und Potsdam noch mehrere Anstalten und Unternehmungen, welche der Förderung des Außenhandels dienen.

Diese privaten Bemühungen sind seitens der deutschen Reichs- und Staatsbehörden durch folgende Maßnahmen unterstützt worden:

Wenn auch ein Zweig der Aufgaben des Konsulatswesens in der Förderung des Handels besteht, so wird diese Aufgabe aus persönlichen oder geschäftlichen Gründen doch meistens nicht in der Weise erfüllt, die der Handelsstand braucht.

Deshalb ging die Reichsregierung seit 1893 mit der Ernennung besonderer Handelsattachés an den für den deutschen Handel wichtigsten Plätzen vor. Die Ernennung des Herrn Carl Haller für Chicago haben wir bereits erwähnt. Weitere Nachrichten über seine Tätigkeit finden sich in der Chem. Industr. 1899, 21.

Nachdem diese Einrichtung sich bewährt hatte, veröffentlichte Dr. Vosberg-Rekow in der „Chem. Industr.“ 1896, 354, 402 u. 436 eine ausführliche Denkschrift über die Reform des

²⁾ Ausführlicher in E. Berner, Geschichte des Preussischen Staates. Berlin 1892, S. 311.

Deutschen Konsulatswesens. Auf Grund eines umfassenden Materials wünscht er eine bessere Vorbereitung der Berufskonsuln für ihre Aufgaben, eine bessere Kontinuität der Berichte und ihre Zusammenfassung zu Gruppen, damit sie von den Interessenten leichter für ihre Zwecke verwertet werden könnten.

Dementsprechend wünschte der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands auf der Hauptversammlung zu Eisenach am 18./9. 1896 die Schaffung einer Handelszentralstelle für das Deutsche Reich und die Einrichtung von Handelskammern im Auslande (Chem. Industr. 1896, 483).

Einstweilen aber schritt die Reichsregierung auf dem eingeschlagenen Wege fort: Seit 1899 wurden Handelssachverständige ernannt für New-York, Buenos Aires, Konstantinopel, Valparaiso, St. Petersburg, Shanghai, Sydney und Pretoria.

Die amtlichen Veröffentlichungen (Deutsches Handelsarchiv, Nachrichten für Handel und Industrie, Berichte über Handel und Industrie und vertrauliche Flugblätter) nahmen eine etwas praktische Gestalt an, um den hervorgetretenen Bedürfnissen und Wünschen entgegenzukommen.

Auch durch Herausgabe einer Systematischen Zusammenstellung der Zolltarife des In- und Auslandes, Einrichtung einer Auskunftsstelle für Zollangelegenheiten im Reichsamt des Inneren 1902, Warenmuster ausstellungen usw. suchte die Reichsregierung die Interessen des Außenhandels zu fördern.

Trotzdem entsprachen alle diese amtlichen Maßnahmen doch nicht ganz den Bedürfnissen und Wünschen der deutschen Erwerbsbeteiligten. Wenn die Reichsregierung auch ein außerordentlich reichhaltiges und vielseitiges Material bot, so kam es doch auf dem umständlichen Wege der amtlichen Veröffentlichung meistens viel zu spät in die Hände der Interessenten. Der lebendige Handel erfordert raschere Entschlüsse, als durch amtliche Veröffentlichungen ausgelöst werden können, die erst Tage oder Wochen später eintreffen. Daher gaben die amtlichen Veröffentlichungen wohl wertvolle Anregungen und Auskünfte für allgemeine Gestaltungen und Aussichten des zukünftigen Handels, aber nicht für den Augenblick, der rasches Handeln erfordert, um günstige Geschäftslagen sofort auszunützen. Daher hatten die amtlichen Veröffentlichungen vorwiegend statistischen Wert. Aber Handelsstatistik und Handel sind verschiedene Dinge. Außerdem beklagt man sich über den etwas bürokratischen Zuschnitt der amtlichen Veröffentlichungen — eine Folge des Ausschlusses der eigentlichen Interessentenkreise von der Mitarbeit.

Die einzige Möglichkeit, diese Übelstände zu beseitigen, besteht in der Ausschaltung des bisherigen umständlichen und zeitraubenden amtlichen Weges der Berichterstattung und der direkten Übermittlung der Nachrichten an die Interessenten.

Wie ich schon in meiner Denkschrift von 1881 vorgeschlagen habe, müßten die Handelsattachés

angewiesen werden, ihre Nachrichten direkt an eine Handelszentralstelle zu schicken, von der aus sie mit geringstem Zeitverlust an die Interessenten weitergegeben würden.

Will man aber auf amtliche Mitwirkung in irgend einer Form nicht verzichten, so bleibt nichts anderes übrig, als die gedachte Handelszentralstelle zu einer Reichshandelsstelle oder einem Reichshandelsamt auszugestalten.

Die Bewegung für Einrichtung einer Reichshandelsstelle begann im Jahre 1881, in welcher mehrere Großindustrielle in Süd- und Westdeutschland von meiner Denkschrift Kenntnis erhielten. Auf dem deutschen Handelstage von 1881 gab die Handels- und Gewerbekammer Stuttgart die erste öffentliche Anregung dazu. Die Anregung blieb jedoch ohne praktische Folgen. Es mußte erst eine breitere Grundlage geschaffen werden, die wir oben zu schildern versucht haben.

Greifbare Gestalt gewann die Idee einer Reichshandelsstelle erst im Jahre 1898 dadurch, daß der Bund der Industriellen zu Berlin sich ihrer annahm. Auf Anregung seines Generalsekretärs Dr. W. Wendlandt stellte der Bund der Industriellen bei dem Staatssekretär des Inneren, dem Reichsschatzsekretär und dem Preußischen Handelsminister den Antrag auf Errichtung eines Deutschen Handelsmuseums, welches besonders den Nachrichtendienst pflegen sollte. Da der letztere sehr bald als Hauptsache erkannt wurde, so wurde für die erstrebte Anstalt schon 1899 die Bezeichnung „Reichshandelsstelle“ gewählt. In demselben Jahre berief der Bund der Industriellen, wie schon erwähnt, einen besonderen Ausschuß für die Errichtung einer Reichshandelsstelle.

Der Deutsche Handelstag von 1901 erklärte sich mit großer Mehrheit für die Einrichtung einer Reichshandelsstelle. Nun beschäftigten sich auch der Reichstag und die Tageszeitungen mit der Angelegenheit.

In der Sitzung des Reichstages vom 22./1. 1901 begründete der Abgeordnete Münch-Ferber seinen Antrag auf Einrichtung einer Reichshandelsstelle. Der Staatssekretär des Inneren, Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, erklärte die Geneigtheit der verbündeten Regierungen, die Angelegenheit in wohlwollende Erwägung zu ziehen, sobald zwei Vorbedingungen erfüllt wären: Es müßte ein klares Programm vorliegen und eine klare Übersicht, was die Sache kostet; außerdem müßten Handel und Industrie den größeren Teil der Kosten tragen. Im übrigen wäre zu wünschen, daß die Einrichtung möglichst frei von bürokratischen Formen bliebe und so unabhängig wie nur irgend möglich gegenüber den amtlichen Stellen organisiert würde, damit die Reichsregierung für Handelsnachrichten nie irgendwie haftbar gemacht werden könnte.

Diese Antwort des Vertreters der Reichsregierung entsprach durchaus den Wünschen der beteiligten Kreise. Auf Anregung des Herrn Münch-Ferber wurden dem Herrn Staatssekretär Denkschriften unterbreitet: Vom Direktor der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen, Dr. Vosberg-Rekow,

und vom Ausschuß für die Errichtung einer Reichshandelsstelle.

In diesen Denkschriften wird ein klares Programm entworfen, was die Reichshandelsstelle leisten soll, und wie sie organisiert sein muß. Auch über die Kosten wurden befriedigende Mitteilungen gemacht. Fast gleichzeitig erschien eine sehr ausführliche Denkschrift von Konrad Ernst Riesenfeld über Handelsachverständige in der „Chem. Industr.“ 1901, 68, 116 und 160.

In der Sitzung des Reichstages vom 1./2. 1902 sprach der Abgeordnete Dr. Paasche über die Nachrichten für Handel und Industrie. Im September 1905 wurde auch die Frage der Errichtung einer Handelshochschule in Berlin in Angriff genommen. In der Budgetkommission des Reichstages im Januar 1904 wurden 195 000 M zur Entsendung von Sachverständigen für Handelsangelegenheiten an Kaiserliche Konsulate bewilligt. In der Sitzung des Reichstages vom 19./4. 1904 beantragte der Abgeordnete Münch-Ferber, den deutschen Konsuln besondere kaufmännische Gehilfen mit 6—8000 M Gehalt beizugeben. Der Staatssekretär des auswärtigen Amtes, Freiherr von Richthofen, hatte zwar keine Bedenken dagegen, versprach sich aber auch keinen großen Vorteil davon.

Die neueste Anregung hat die Frage nach Errichtung einer Reichshandelsstelle erfahren durch ein kürzlich veröffentlichtes Werk von Dr. W. Wendlandt, den Generalsekretär des Bundes der Industriellen, über die Förderung des Außenhandels³⁾, in welchem er Entstehen und Wirken der Handelsmuseen, Exportmusterlager, Handelsauskunftstellen und ähnliche Einrichtungen des In- und Auslandes schildert, und die im Interesse des deutschen Außenhandels daraus sich ergebenden Forderungen entwickelt. Das Werk berichtet über die geschichtliche Entwicklung der gegenwärtig bestehenden Einrichtungen und gibt den deutschen Industriellen und Kaufleuten wichtige Winke zur Benutzung der vorhandenen Stellen zur Förderung des Exports und Imports. Als Unterlage diente das Material, welches vom Auswärtigen Amte durch Umfrage bei sämtlichen Konsulaten des Deutschen Reiches über die in ihren Bezirken vorhandenen Einrichtungen zur Förderung des Außenhandels beschafft worden ist, und einige Mitteilungen des Preußischen Handelsministeriums.

Diesem Werke sind die meisten der in dieser Arbeit angeführten Tatsachen entnommen.

W. Wendlandt gibt auf S. 147 seines Werkes genau dieselben Zwecke und Ziele der zu schaffenden Handelszentralstelle an, die ich bereits in meiner Denkschrift von 1881 niedergelegt habe. Nur von einem Punkt auf S. 146 möchte ich abweichen. Es wird dort von den großen be-

stehenden Exporthäusern gesprochen und gesagt, daß die Tätigkeit der Reichshandelsstelle im wesentlichen in der Zuführung weiterer Exportkreise an diese Häuser bestehen würde. Dies wird wahrscheinlich die erste Folge der neuen Organisation des deutschen Handels sein, aber ich erblicke darin nicht ihren ausschließlichen Zweck. Die echte Staatsweisheit verlangt, solche Einrichtungen zu treffen, welche das Heranreifen eines gesunden und kräftigen Nachwuchses erleichtern, um dem Volke auch in Zukunft eine gedeihliche Entwicklung zu gewährleisten. Deshalb kann als Zweck der Reichshandelsstelle nicht die Oligarchisierung des Exports angesehen werden, sondern neben Beförderung des Gedeihens der vorhandenen Exportfirmen auch die Erleichterung des Entstehens neuer Exporthäuser. Deshalb erscheint auch die angestrebte Kostenverteilung gerecht: Für die wahrscheinlich zuerst eintretende Oligarchisierung, welche von den großen Exportfirmen naturgemäß angestrebt und verteidigt werden wird, können sie sehr wohl Beiträge leisten, da sie den Hauptvorteil haben werden; für die Erleichterung des Entstehens neuer Exporthäuser aber kann der Staat oder das Reich Beiträge zahlen, um die zukünftige Entwicklung und Erstarkung des deutschen Volkes zu sichern.

Ob die Reichshandelsstelle als Dezernat an das Auswärtige Amt angegliedert, ob sie zu einem selbständigen Reichshandelsamt ausgestaltet wird, ist vor der Hand wohl nebensächlich. Hauptsache ist, daß die Handelszentralstelle überhaupt unter irgend welchem Namen geschaffen wird.

Wenn wir das Technische Reichsamt mit seinem großen Laboratorium bereits besäßen, so könnte die Frage erwogen werden, ob die Handelszentralstelle an das Technische Reichsamt angeschlossen werden könnte. Denn das Bedürfnis nach Warenuntersuchungen wird sich beständig vermehren. Außer den schon bestehenden noch zwei große Reichslaboratorien einzurichten, würde vor der Hand aber wohl zu viel Geld kosten. Damit werden wir wohl noch warten müssen, bis das Deutsche Reich 100 Millionen Einwohner zählen wird, also noch etwa 40 Jahre.

Es gewährt mir eine besondere Befriedigung, feststellen zu können, daß gegenwärtig von Industriellen und Kaufleuten im wesentlichen dieselben Einrichtungen gewünscht werden, welche ich in meiner Denkschrift von 1881 vorgeschlagen habe.

Daß die Reichsregierung einen Teil dieser Vorschläge bereits erfüllt hat und für ihre weitere Verwirklichung dieselben Anschauungen mitbringt, welche ich schon 1881 für richtig hielt, läßt mich hoffen, daß die Errichtung einer Reichshandelsstelle in der von Industriellen und Kaufleuten gewünschten Form bald erfolgen wird.

Um ihre Ausgestaltung zu einem Reichshandelsamt mag sich die künftige Generation bemühen.

Berlin, 28. Juni 1905.

³⁾ Dr. W. Wendlandt, Die Förderung des Außenhandels usw. Halle a. S. 1905. Gebauer-Schwetschke.